



# Formen und Instrumente der Partizipation junger Menschen als Elemente einer einmischenden Jugendpolitik in NRW

Der Hauptausschuss des Landesjugendrings NRW beschließt folgende Positionierung:

## I. Partizipation als Haltung

Partizipation ist eine Haltung. Sie fußt auf der Bereitschaft von Entscheidungsträger\_innen, Macht abzugeben, paternalistische Ansätze zu verwerfen und Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe zu begegnen. Diese Haltung schließt eine wertschätzende Konfliktfähigkeit ein, indem Entscheidungsträger\_innen Kindern und Jugendlichen zugestehen, dass sie andere Themen setzen und ggf. Positionen der Erwachsenen kritisieren, konträre Haltungen einnehmen und Entscheidungen entgegen den Positionen anderer Generationen treffen. Ideale Partizipation (vgl. Partizipationsleiter<sup>1</sup>) umfasst die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen mit Entscheidungs- und Gestaltungsmacht und nicht nur Jugendbeteiligung. Kinder und Jugendliche sind Bürger\_innen und somit gesellschaftliche Subjekte, keine Objekte.

Indikatoren für eine partizipative Haltung von Entscheidungsträger\_innen sind u. a. eine angemessene, bedarfsorientierte und kontinuierliche Finanzierung von etablierten und innovativen Partizipationsformen und Jugendselfstorganisationen. Weiterhin macht der Einsatz von entsprechend qualifiziertem (hauptberuflichem oder ehrenamtlichem) Personal die Relevanz des Themas deutlich. Darüber hinaus charakterisiert eine partizipative Haltung bei Entscheidungsträger\_innen das Eintreten für die aktive Umsetzung geltender Rechtsnormen wie der UN-Kinderrechtskonvention und dem Dritten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes NRW (3. AG KJHG NRW).

---

<sup>1</sup> Partizipationsleiter: Stufen der Beteiligung nach Roger Hart (1992) und Wolfgang Gernert (1993), z.B. in: Bertelsmann Stiftung: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Konzeptionelle Grundlagen und Befunde zur Mitwirkung junger Menschen in Familie, Schule und Kommune, [http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSf/Publikationen/GrauePublikationen/GP\\_Partizipation\\_von\\_Kindern\\_und\\_Jugendlichen\\_in\\_Deutschland.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSf/Publikationen/GrauePublikationen/GP_Partizipation_von_Kindern_und_Jugendlichen_in_Deutschland.pdf), 26. Juni 2017, S. 9

Partizipationsformate müssen durch eine adäquate Auswahl der Sprache und der Methoden das Ziel verfolgen, möglichst alle Milieus und Jugendkulturen zu erreichen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, in welchem Umfang sich Kinder und Jugendliche einbringen können oder wollen, so dass sowohl niedrigschwellige Beteiligungsformen (z. B. Jugendstadtpläne, Jugendforen, Jugendbefragung) wie auch verbindliche Partizipationsmöglichkeiten (z.B. Jugendverbände, Jugendringe, Schüler\_innenvertretungen, Jugendräte usw.) ebenso ihren Beitrag zur Mitgestaltung der öffentlichen Angelegenheiten leisten. Kommunikation muss angemessen, wertschätzend, teilnehmer\_innenorientiert und auf Augenhöhe erfolgen. Unabhängig von Formaten und Sprache müssen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit haben, Themen zu setzen. Dafür muss bei allen Beteiligten Klarheit herrschen, in welchem Rahmen Entscheidungen möglich sind. Ziele und Entscheidungsprozesse sind transparent und offen zu gestalten.

Motivierend wirkt auf Kinder und Jugendliche, wenn sie ein Feedback erhalten und Ergebnisse zeitnah umgesetzt werden und sie somit Selbstwirksamkeit erfahren. Gleichzeitig müssen die engagierten jungen Menschen Anerkennung und Wertschätzung ihres Einsatzes durch die Entscheidungsträger\_innen erfahren und/oder die erworbenen Kompetenzen zertifiziert bekommen können. Diese positive Verstärkung des demokratischen Engagements junger Menschen trägt dazu bei, Identifikation mit demokratischen Prozessen zu stiften. Sie leistet nach dem Prinzip „Learning by doing“ einen Beitrag, dass junge Menschen auch als Erwachsene unsere Demokratie mittragen und gestalten.<sup>2</sup>

Die geschilderten Rahmenbedingungen können auf den ersten Blick wie eine große Investition wirken. Doch relativiert sich dieser Eindruck vor dem Hintergrund, dass mit ernstgemeinter, ehrlicher und wertschätzender Partizipation langfristig und nachhaltig unbezahlbar wertvolle Effekte entstehen: Wer als junger Mensch Selbstwirksamkeit und Wertschätzung erfährt, gibt dies auch als Erwachsene\_r weiter. Junge Menschen, die politische Prozesse positiv gestalten konnten, werden auch als Erwachsene politikaffin bleiben. Einige Beteiligte entdecken durch Jugendbeteiligung Berufsfelder für sich (z.B. im öffentlichen Dienst, bei Nichtregierungsorganisationen oder in der Politik). Partizipation und Jugendbeteiligung wirken präventiv und sind ein wichtiger Baustein gegen Radikalisierung und Extremismus. In Kommunen wirkt Partizipation einer Abwanderung junger Menschen entgegen, da die Identifikation mit der Gebietskörperschaft durch das Mitgestalten und die Mitverantwortung steigt. Gelebte und ernstgemeinte Partizipation bietet Chancen für junge Menschen aber auch Chancen für Entscheidungsträger\_innen, ihre Kommune bzw. das Land NRW als vorausschauend, innovativ und jugendgerecht zu charakterisieren.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund haben sich die Mitgliedsverbände im Landesjugendring NRW verpflichtende Kriterien zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen in ihren Strukturen

---

<sup>2</sup> Landesjugendring NRW, Hauptausschuss-Beschluss „Partizipation junger Menschen in Jugendverbänden und Kommunen“ vom 18. Februar 2014/BMFSFJ (Hrsg.): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Berlin, 2015/Waldemar Stange: Partizipation von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum I – Grundlagen, Münster, 2008, S. 11 - 54

<sup>3</sup> Vgl. Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (<https://www.jugendgerecht.de/jugendgerecht-vor-ort/merkmale-jugendgerechter-kommunen/>), 22. Juni 2017

und Maßnahmen gegeben. Die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung wird im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs durch ein externes Institut evaluiert und macht mit 15.000 Rückmeldungen deutlich, dass die Jugendverbände als „Werkstätten der Demokratie“ eine partizipative Wirkung entfalten.<sup>4</sup>

## **II. Prozesse auf dem Weg zu einer Beteiligungsform auf Landesebene**

In der 16. Wahlperiode des Landtags NRW hat ein intensiver Diskussionsprozess zwischen den jugendpolitischen Sprecher\_innen der Fraktionen auf der einen Seite sowie der LandesschülerInnenvertretung, dem Kinder- und Jugendrat NRW und dem Landesjugendring NRW auf der anderen Seite begonnen. Ein erstes Ergebnis dieses Gesprächsprozesses war die Unterzeichnung einer Absichtserklärung zu Eckpunkten eines Landesbeteiligungsformats im Herbst 2016.

Die Absichtserklärung beinhaltet den erzielten Konsens zwischen LandesschülerInnenvertretung (LSV), Kinder- und Jugendrat (KiJuRat), Landesjugendring NRW und jugendpolitischen Sprecher\_innen: Es soll ein Forum junger Menschen entstehen, in dem möglichst differenzierte, vielfältige junge Menschen aller Geschlechter im Alter von 13 bis 26 Jahren vertreten sein sollen. In diesem Forum sind der Landesjugendring NRW, der Kinder- und Jugendrat NRW sowie die LandesschülerInnenvertretung in noch zu bestimmender Form als geborene Mitglieder vertreten. Darüber hinaus sollen Jugendliche Teil des Forums werden, die nicht zu den drei Akteuren und auch nicht zu Parteijugendorganisationen gehören. Näheres bedarf der weiteren Klärung im Gesprächsprozess.<sup>5</sup>

Mit dem Ziel, die Beteiligung und Partizipation junger Menschen auf der Landesebene sicherzustellen und voranzutreiben, hat der Landtag mit der Drucksache 16/14666 im April 2017 auf Antrag aller Fraktionen einstimmig beschlossen, den Gesprächsprozess mit den drei Akteuren (Landesjugendring NRW, LSV, KiJuRat NRW) auch in der neuen Legislaturperiode fortzuführen. Die in der Absichtserklärung skizzierte Idee eines Forums soll gemeinsam weiterentwickelt werden.<sup>6</sup>

Aussagen des Koalitionsvertrags zwischen CDU und FDP für die Jahre 2017 - 2022 zur Etablierung eines direkt gewählten, unabhängigen Landesjugendparlaments<sup>7</sup> nimmt der Landesjugendring NRW vor dem Hintergrund des skizzierten konsensualen Prozesses mit den Akteuren und Parteien als irritierend wahr und vermisst Hinweise auf den bisherigen Prozess.

Dem durch den o.g. Landtagsbeschluss untermauerten konsensualen Prozess zwischen Kinder- und Jugendrat NRW, der LandesschülerInnenvertretung NRW, dem Landesjugendring NRW sowie den jugendpolitischen Sprecher\_innen der Fraktionen fühlt sich der Landesjugendring NRW trotz anderslautender Aussagen des Koalitionsvertrags

---

<sup>4</sup> Landesjugendring NRW (Hrsg.): 6. Bericht zum Wirksamkeitsdialog: [http://ljr-nrw.de/fileadmin/content/ljr/Dokumente/Publikationen/Broschueren/6\\_Bericht\\_Wirksamkeitsdialog\\_final.pdf](http://ljr-nrw.de/fileadmin/content/ljr/Dokumente/Publikationen/Broschueren/6_Bericht_Wirksamkeitsdialog_final.pdf), 22. Juni 2017

<sup>5</sup> Absichtserklärung der jugendpolitischen Sprecher\_innen (SPD, CDU, Grüne, FDP, Piraten), LSV NRW, KiJuRat NRW, Landesjugendring NRW vom 10. November 2016

<sup>6</sup> Landtag Nordrhein-Westfalen, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/14666 vom 28. März 2017

<sup>7</sup> CDU NRW/FDP NRW (Hrsg.): Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017 - 2022, Düsseldorf, 2017, [https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/vertrag\\_nrw-koalition\\_2017.pdf](https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/vertrag_nrw-koalition_2017.pdf) (eingesehen 16. Juni 2017), S. 101

verpflichtet. Der Landesjugendring NRW wird sich gemeinsam mit den Partner\_innen auf Basis des erzielten Konsenses dafür einsetzen, gemeinsam mit Akteuren und dem Landtag auf dem eingeschlagenen Weg fortzuschreiten.

### **III. Standpunkte zu Partizipation auf Landesebene**

Der Landesjugendring NRW verfolgt die Strategie der einmischenden Jugendpolitik - bislang im Einklang mit Fraktionen und Ministerium. Einmischende Jugendpolitik fordert von Entscheidungsträger\_innen einerseits eine Offenheit für die Partizipationsmöglichkeiten und -räume für junge Menschen und andererseits eine Anwaltschaft für die Belange junger Mitbürger\_innen. Einmischende Jugendpolitik ist somit eine Querschnittspolitik, die alle Ressorts betrifft und auf die Entwicklung einer veränderten Haltung von Politik und Verwaltung zu den Interessenlagen junger Menschen zielt.

Aus der Perspektive der einmischenden Jugendpolitik und einer partizipativen Haltung heraus ergibt sich u.a., dass Jugendbeteiligung bzw. -partizipation mehr ist als Parlamentarismus. Der Landesjugendring NRW verfolgt im Rahmen der jugendpolitischen Initiative „umdenken-jungdenken!“ die Etablierung einmischender Jugendpolitik auf Landesebene und in den Kommunen. Parlamente, Gremien und Foren können Elemente einmischender Jugendpolitik sein. Sie sind aber in keinem Fall die einzigen Bausteine einer jugendgerechten Politik.

Ausgehend von dieser Strategie stellt das im Gesprächsprozess konsensfähige Modell eines Forums bzw. Gremiums für junge Menschen auf Landesebene eine Form von Beteiligung unter vielen dar. Neben dem Forum und weiteren Bausteinen bilden für den Landesjugendring NRW der Jugendcheck, ein regelmäßiges Jugendmonitoring und aktivierende politische Bildung wesentliche Elemente einmischender Jugendpolitik auf Landesebene.

Partizipations- und Beteiligungsformen auf Landesebene brauchen eine stabile Basis. Daher strebt der Landesjugendring NRW eine flächendeckende jugendpolitische Interessensvertretung in allen Kommunen Nordrhein-Westfalens an. Aus der Sozialraum- und Lebensweltorientierung der Kinder und Jugendlichen erwachsen die Themen, die auf Landes-, Bundes- und Europa-Ebene Relevanz besitzen. Politisches Engagement beginnt vor Ort und bedarf daher auch vor Ort einer entsprechenden konzeptionellen Verankerung, gelebter Wertschätzung und kontinuierlicher Förderung. Daher muss jedes Element eines Landespartizipationskonzeptes eine flächendeckende heterogene jugendpolitische Vertretungsstruktur, die etablierten Mechanismen und Modelle sowie eine einmischende Jugendpolitik in den Kommunen des Landes mitdenken.

Neben dem kommunalen Bezug muss der letzte Stand der wissenschaftlichen Fachdiskussion für die Etablierung von Beteiligungs- und Partizipationsformen auf Landesebene ausschlaggebend sein. Flankiert werden kann die Auseinandersetzung mit dem Fachdiskurs durch vergleichbare Erfahrungen aus dem In- und Ausland. Interessante Modelle sind auf eine Vergleich- und Übertragbarkeit mit NRW zu überprüfen.

Aktuell stellt der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung fest, dass junge Menschen vermehrt alternative und neue Formen der Mitwirkung (z.B. Online-Petitionen, Boykotte, Demonstrationen) nutzen, welche in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch oft

übersehen würden. Es scheine, so der Bericht weiter, als würde von jungen Menschen teilweise nur erwartet, dass sie in bestehende politische Strukturen „hineinwachsen“, anstatt diese selbst zu gestalten. Der Blick auf Beteiligung junger Menschen und die Bewertung ihres Engagements müsse sich daher wandeln.<sup>8</sup>

Der Bericht benennt auch explizit Hürden für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: Normativ setzt das Wahlalter der Beteiligung und den gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen klare Grenzen. Die Einflussmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche werden durch den demographischen Wandel und die Mehrheit der Älteren noch verschärft. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche die einflussschwächste Altersgruppe bei der politischen Entscheidungsfindung darstellen.<sup>9</sup>

Zusammenfassend stellen die Autor\_innen fest, dass Einflussnahme junger Menschen auf politische Entscheidungen in einem Dilemma steckt:

*„Auf der einen Seite betonen politische Institutionen ihr Interesse an der Beteiligung Jugendlicher und probieren aus, wie sie gelingen kann. Auf der anderen Seite wird politische Jugendbeteiligung oft nicht konsequent gedacht und verwirklicht. Tatsächlich können Jugendliche und junge Erwachsene innerhalb der bestehenden Beteiligungsformen meist lediglich ihre Meinungen äußern und nur selten wirklich Einfluss ausüben. So entwickeln junge Menschen in Jugendparlamenten Ideen und Lösungsvorschläge, die von politischen Entscheidungsträger\_innen aber nicht umgesetzt werden müssen. Anstatt die Interessen junger Menschen wirklich ernst zu nehmen, dient Beteiligung in solchen Fällen eher der politischen Bildung: Junge Menschen werden in politische Prozesse einbezogen, um sie an politische Institutionen (wie Parlamente) und Beteiligungsformen (wie Kandidaturen als Repräsentant\_innen) heranzuführen, die bereits bestehen und deren Funktionieren sie in Zukunft gewährleisten sollen. Dies ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen entspricht dies nicht der Idealvorstellung davon, wie viel Mitgestaltung in einer richtigen Demokratie möglich sein sollte. Zum anderen haben Studien gezeigt, dass Jugendliche und junge Erwachsene sich nur dann für ihre Interessen einsetzen, wenn sie die Erfahrung machen, dass sie tatsächlich Dinge bewegen können.“<sup>10</sup>*

Die Teilnahme an allen Formen von Beteiligung und Partizipation auf Landesebene aber auch in den Kommunen muss kostenlos, barrierefrei und ehrenamtsfreundlich erfolgen. Gleichzeitig darf Partizipation und Beteiligung nicht exklusiv sein: Beteiligungsformen müssen alle Milieus junger Menschen widerspiegeln.

Zur stabilen Basis eines Landespartizipationskonzepts gehört ebenfalls, dass neue Strukturen im Konsens mit allen Beteiligten in einer Steuerungsrunde erarbeitet, etabliert und evaluiert werden. Gleichzeitig darf das angedachte Forum bzw. Gremium bestehende Strukturen und Akteure nicht schwächen, sondern kann die Möglichkeit eröffnen, gemeinsame Anliegen strukturell verankert besser voranzubringen. Das Forum ist keine zusätzliche, übergeordnete Struktur zu den Mitgliedsorganisationen, sondern eröffnet den

---

<sup>8</sup> BMFSFJ (Hrsg.): Jugend ermöglichen! Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin, 2017, S. 33

<sup>9</sup> Ebd., S. 37

<sup>10</sup> Ebd., S. 38

Blick auf die Vielfalt von jugendlichen Lebenswelten. Zur Wahrung der Autonomie der Akteure sieht der Landesjugendring NRW keine Verpflichtung zu einheitlichen Stellungnahmen oder zum Konsens im Forum bzw. Gremium.

Die Etablierung eines solchen Forums bzw. Gremiums ist nur mithilfe zusätzlicher finanzieller Ressourcen umsetzbar. Es braucht ein dementsprechendes Budget, das der Landesjugendring NRW in Eigenverantwortung für die genannten Ziele einsetzen kann und über das Personal, Öffentlichkeitsarbeit, inhaltliche Arbeit usw. kontinuierlich finanziert wird.

Das konsensfähige Forum bzw. Gremium betrachtet der Landesjugendring NRW als „Scharnier“ zwischen den Bedürfnissen junger Menschen und der Landespolitik. Es trägt durch das Setzen von Themen dazu bei, eine partizipative Haltung in der Landespolitik zu etablieren. Die vielfältigen Interessenslagen und Themen von jungen Menschen in NRW können mit Hilfe des Forums sichtbar werden.

Aus Sicht des Landesjugendrings NRW ist das Forum bzw. Gremium ein auf Dauer angelegtes Instrument mit verbindlich ausgestatteten und ausgestalteten Kompetenzen. Seine Arbeitsweise ist am ehesten in Form von Workshops zu realisieren. Die Zusammenarbeit zwischen Politik und Forum wünschen sich die Jugendverbände kooperativ und ergebnisorientiert. Das Forum soll das Recht erhalten, sich ressortübergreifend zu aktuellen Themen und Vorhaben einzumischen und gehört zu werden.